

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 10. März 2026 · Nr. 58/11 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Özdemir will Regierung bilden

CDU: Kein Automatismus / Beide Parteien kommen in Baden-Württemberg auf jeweils 56 Sitze

rso./wag./elo. STUTTGART/BERLIN. Nach der knapp gewonnenen Landtagswahl in Baden-Württemberg erhebt der Spitzenkandidat der Grünen, Cem Özdemir, den Anspruch, eine Regierung zu bilden. „Ich führe, und es gibt einen klaren Auftrag. Es wird Koalitionsverhandlungen auf Augenhöhe geben“, sagte Özdemir am Montag in Stuttgart vor Journalisten.

Die Grünen erhielten bei der Landtagswahl am Sonntag 30,2 Prozent der Stimmen, die Christdemokraten lagen mit 29,7 Prozent auf Platz zwei. Beide werden im neuen Landtag 56 Sitze erhalten. In der CDU wurde darum der Führungsanspruch Özdemirs infrage gestellt. Der Fraktionschef der Union im Bundestag, Jens Spahn, sprach sich für ein sogenanntes israelisches Modell aus: Danach wechseln sich zwei Parteien im Amt des Ministerpräsidenten ab.

Diese Forderungen nannte Özdemir am Montag in Stuttgart „Quatsch“. Über Personal und Ressortverteilung werde am Ende gesprochen, sagte Özdemir. Auch wenn es nur eine Stimme mehr gäbe, wäre klar, wer den Ministerpräsidenten stelle. Eine Amtszeitbegrenzung lehne er ab. Man werde auch keine Doppelspitze bilden. „Wir machen erwachsene Politik, die Situation ist einfach zu ernst für Quatsch aller Art.“ Özdemir betonte, er wolle eine Koalition der Mitte schmieden und die Regierung anführen. Es brauche nun eine zügige Regierungsbildung.

CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel hatte Özdemir schon am Wahlabend gratuliert, als sich dessen Sieg abzeichnete. Er betonte am Montag nach den CDU-Gremiensitzungen in Berlin mit Blick auf eine künftige Regierungskoalition jedoch: „Es gibt keinen Automatismus zur Übereinstimmung von Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU Baden-Württemberg.“

Hagel verwies auch darauf, dass die CDU deutlich mehr Erststimmen als die Grünen erhielt und fast alle Wahlkreise gewonnen hat. Wie man damit umgehe, werde man in den zuständigen Gremien der Südwest-CDU am Montagabend und am Dienstag in der Fraktion beraten. „Da gehört alles auf den Tisch, alles auf den Prüfstand“, sagte Hagel.

Bundeskanzler Friedrich Merz sagte, die deutlichen Zugewinne der CDU und die Gleichzahl der Mandate müssten „in der Regierungspolitik und vorher in einem möglichen Koalitionsvertrag sich



„Ich führe“: Wahlsieger Cem Özdemir (Grüne) bei einer Pressekonferenz am Montag in Stuttgart

Foto AFP

in einer Balance abbilden“. Der CDU-Vorsitzende forderte seine Partei nach der knappen Niederlage auf, „Schuldenzuweisungen“ zu unterlassen. Hagel dankte er „für einen extrem engagierten Wahlkampf“. Die CDU habe in Baden-Württemberg als einzige Partei der Mitte Stimmen hinzugewonnen und ihr stärkstes Ergebnis seit 15 Jahren erreicht. Dass am Ende rund 27.000 Stimmen für Platz eins gefehlt hätten, sei „ein bitteres Ergebnis“.

Merz gratulierte den Grünen jedoch zum Wahlsieg. Dieser sei „in erster Linie ein persönlicher Sieg“ ihres Spitzenkandidaten Cem Özdemir. Dieser habe sich „im Wahlkampf weitestgehend von seiner Partei abgegrenzt“ und von der Programmik der Grünen entfernt. Sowohl Merz als auch Hagel forderten von den Grünen nun einen moderaten Kurs.

„Cem Özdemir hat einen bürgerlichen Wahlkampf geführt. Dann muss es auch bürgerliche Politik in Baden-Württemberg geben und keine linke und keine grüne Politik, so wie jetzt schon die Grüne Jugend sie fordert“, sagte Merz.

Drittstärkste Kraft wurde die AfD mit 18,8 Prozent der Stimmen, die sich damit im Vergleich zur vergangenen Wahl 2021 fast verdoppelte. Es ist das bislang beste Landtagswahlergebnis der Partei in Westdeutschland. AfD-Spitzenkandidat Markus Frohnmaier sah dies als Aufforderung, über die Brandmauer nachzudenken. Es gebe im Land eine bürgerlich-konservative Mehrheit, sagte Frohnmaier. Er forderte die CDU zur Zusammenarbeit auf. „Wir verstehen das Ergebnis auch so: Die Bürger wollen keine grüne Politik mehr“, sagte Frohnmaier.

Der AfD-Bundesvorsitzende Tino Chrupalla erklärte: „Wir sind jetzt auch in Baden-Württemberg Volkspartei.“

Die SPD kam auf 5,5 Prozent – das schlechteste Ergebnis, das die Partei in Baden-Württemberg jemals erzielt hat. Die FDP schaffte es dagegen nicht mehr in den Landtag, sie erreichte 4,4 Prozent und ist damit zum ersten Mal nicht im Stuttgarter Landtag vertreten. Parteichef Christian Dürr sagte am Sonntagabend, er und seine Partei seien „mitten in der Erneuerung“, jetzt gehe es darum, „genau diesen Weg“ weiterzugehen. Die Linkspartei erhielt ebenfalls 4,4 Prozent und verpasste damit den Einzug in das baden-württembergische Landesparlament. (Siehe Seiten 2, 3, 4 und 8 und Feuilleton, Seite 11, sowie Wirtschaft, Seiten 15 und 17.)

Das Problem der CDU heißt SPD

Von Berthold Kohler

LAG es nur an Özdemirs Enkeltrick? Man hätte fast meinen können, er sei nicht ein Grüner, sondern ein Nachkomme Adenauers. Oder war das Rehaugen-Video schuld? Oder bekam Hagel, der am Wahlabend ganz schnell die Flinte ins Korn warf, zu wenig Rückenwind aus dem Bund? Mit diesen Fragen muss sich nun auch die CDU-Führung in Berlin beschäftigen. Sie hatte die Rückeroberung Baden-Württembergs als Auftakt zum Wahljahr fest eingeplant. Ein klarer Sieg dort hätte auch dem CDU-Chef und Bundeskanzler Merz gutgetan, der im ersten Amtsjahr so schlechte Umfragewerte hat wie Scholz in seinem letzten.

Merz kann es kaum jemandem recht machen. Für seine Gegner ist er das Schreckgespenst aus der Vergangenheit, das den Sozialstaat schleifen will. Viele seiner (einstigen) Anhänger sind dagegen enttäuscht, weil er nicht der Radikalreformer ist, den sie in ihm sehen wollten. Sie werfen ihm nicht ganz zu Unrecht vor, der SPD zu viele Zugeständnisse gemacht zu haben und immer noch zu machen.

Der Kanzler gab mittlerweile selbst zu, dass er, jedenfalls was das Tempo angeht, zu viel versprochen hatte. Er hält aber daran fest, dass es entschlossene Reformen braucht, um das Land aus der Krise zu führen. Nur so kommt auch die CDU aus dem Tal der unbefriedigenden Wahlergebnisse und Umfragen heraus. Ein paar Bremser gibt es auch in der Union. Doch die sind nicht das Problem. Das Problem der Union heißt SPD.

Die hatte aus ihrem Niedergang in den vergangenen Jahren die falschen Schlüsse gezogen und sich aus Existenzangst an alte Glaubenssätze geklammert, die sie in der vielschichtigen Krisenlage des 21. Jahrhunderts in die Irre führen. Es ist nicht Merz, der in der Vergangenheit lebt – es sind die Funktionäre der SPD, die wie die Ideologen der Linkspartei und vom BSW glauben, man müsse sich nur um

die „gerechte“ Verteilung des Wohlstands kümmern, nicht aber um dessen Erarbeitung.

Wird nun der Schock der Nahtoderfahrung in Baden-Württemberg die Sozialdemokraten dazu bringen, den Reformen zuzustimmen, ohne die Deutschland nicht seine Probleme lösen kann? Oder krallt die SPD sich im Überlebenskampf erst recht an den Ballast der anachronistischen Ansichten, der sie in die Tiefe zieht? Es wäre gut, wenn die Union bald wüsste, wohin die Reise des Koalitionspartners geht. Doch dazu müsste die SPD erst

Die CDU muss auch über andere Koalitionspartner nachdenken. Doch das könnte die Partei spalten.

einmal zu sich selbst finden – in einer Phase, in der sie weniger denn je in ihrer Geschichte weiß, was ihr Selbst ist. Der Partei stehen lebhaftere Diskussionen bevor.

Die wird es, zumindest hinter den Kulissen, auch in der Union geben. Die Sorge, in einer Koalition mit der SPD wegen der Verunklarung des eigenen Profils nur verlieren zu können, hat sich als berechtigt erwiesen. Leidet die SPD weiter unter Schwindsuch, kann sie nicht einmal mehr als Mehrheitsbeschaffer dienen. In der CDU wird daher noch öfter verlangt werden, auch andere potentielle Koalitionspartner im Auge zu behalten. Einige liebäugeln schon lange (und jetzt erst recht) mit den Grünen, andere denken über das bisher Undenkbare nach, eine Annäherung an die AfD. Wird daraus eine Forderung, steht der CDU ein Richtungsstreit bevor, wie sie ihn noch nicht erlebte. Er könnte schon nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ausbrechen, wenn die AfD stärkste Partei wird und die CDU zum Tanz auffordert.

Özdemir, der neue Kretschmann

Von Jasper von Altenbockum

VOM Ende der Ära Kretschmann hätte man erwarten können, dass auch die Ära der Grünen zu Ende geht. Denn es war verfrüht, das postmaterialistische Zeitalter auszurufen, das wie gemacht schien für die Grünen. Nicht mehr Geld, Wohlstand, Wachstum, Industrie und Konsum, sondern Vielfalt, Gerechtigkeit, das gute Gewissen und die Natur sollten in diesem neuen Zeitalter den Lauf der Dinge regieren. All die Ökowerke waren im Klimaschutz wiederzufinden, einschließlich der Kapitalismuskritik, die zum Gründungsmythos der Grünen gehört wie die Sonnenblume.

Doch es ist ganz anders gekommen. Ausgerechnet die „große Transformation“ hat materielle Interessen wachgerufen, mit denen die Grünen schon nicht mehr gerechnet hatten. Aber hat es ihnen geschadet?

Kretschmann repräsentierte nicht nur die moral- und wertorientierte Seite der grünen Erfolgsgeschichte. Er wusste sehr wohl, dass es ohne bürgerliches Ethos, ohne „Schaffe, schaffe, Häusle baue“ nichts werden würde mit einer grünen Volkspartei. Den grünen Schwarzen war er so nahe wie Angela Merkel den schwarzen Grünen. Sie war und ist deshalb so populär, weil sie die erste grüne Kanzlerin im schwarzen, und Kretschmann, weil er der erste schwarze Ministerpräsident im grünen Gewand war. Im Wahlkampf ließ er sich als Ziehvater eines Spitzenkandidaten inszenieren, der wie ein CDU-Politiker wirkte. Auf den Plakaten: kein Hinweis darauf, dass Cem Özdemir ein Grüner ist.

Es ist nur konsequent, wenn CDU und Grüne in Baden-Württemberg wieder zusammen regieren. Sie sind kaum noch auseinanderzuhalten. Die CDU tat vor der Wahl alles, um dieses schwarz-grüne Vexierbild nicht zu zerstören. Sie verpackte wirtschaftsliberale Zackigkeit in homöopathischer Dosis. Womit die CDU nicht gerech-

net hatte, war die Geschicklichkeit, mit der Özdemir eine grüne Politik präsentieren konnte, die nicht wehtut. Sogar Boris Palmer passt in diese Welt, in der auch Grünen der Spruch über die Lippen kommt: Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen. Die Kretschmann-Özdemir-Welt ist Multikulti mit Kehrwoche.

Wer da nicht mitmachen will, und davon gibt es im industriellen Speckgürtel von Stuttgart sehr viele, wählt schon lange nicht mehr SPD, wählt aber auch nicht mehr FDP. Es ist ein paradoxer Schicksalsschlag für die Li-

Die grüne Ära geht weiter. Die FDP ist am Ende. Die Opposition? Das ist die AfD.

beralen, dass es für sie in dem Moment keinen Platz mehr in der deutschen Parteienlandschaft zu geben scheint, da die liberale Demokratie in die Defensive gerät. Wer die Grünen an der Spitze verhindern wollte, wählte CDU oder, weil sich an der großen Koalition auch dann nichts ändern würde, die AfD. Sie ist auch hier die Ausgeburt eines rohen Materialismus: Wachstum statt Klimaschutz, Geld statt Flüchtlinge, Trump statt Ukraine, Putin statt Kretschmann.

Die SPD kann noch hoffen. Nicht überall hat sie den Zug der Zeit so verpasst wie in der Heimat von Saskia Esken. Schon am übernächsten Wochenende wird in einem Land gewählt, wo die SPD nicht nur die CDU, sondern auch die Grünen auf Abstand halten konnte. Ihr Cem Özdemir heißt dort Alexander Schweitzer. Auch er wird wohl nicht ohne große Koalition auskommen, und die AfD dürfte größte Oppositionspartei werden. Das eine bedingt das andere, etwas anderes ist nicht in Sicht.

Ein Deutscher in Hollywood

Von „Rain Man“ bis „The Crown“: Die Filmmusiken des gebürtigen Frankfurters Hans Zimmer kennt jeder. Deutschland und die Welt, Seite 7

Auffallend anders

Die wichtigste Frauenschau des Jahrzehnts in Gent ehrt vierzig erstklassige Künstlerinnen des Barocks. Allesamt sind sie grandios. Feuilleton, Seite 12

Hype um Skyr

Der Proteintrend sorgt dafür, dass der isländische Joghurt teilweise ausverkauft ist. Auch vermeintliche Nebenprodukte wie Molke werden beliebter. Wirtschaft, Seite 19

Guter Soldat oder nicht?

Russischen Veteranen will das Internationale Paralympische Komitee die Rückkehr in den Weltsport nicht verwehren. Sport, Seite 27

Alle außer iPhone

Die Welt der Smartphones mit Android-Betriebssystem ist vielfältiger denn je. Es gibt einige Alternativen zum iPhone. Das sind die neuesten. Technik und Motor, Seite T1

Briefe an die Herausgeber, Seite 18

Ölpreis steigt auf fast 120 Dollar je Barrel

G-7-Finanzminister diskutieren Freigabe von Ölreserven / Neuer Führer in Iran

F.A.Z. FRANKFURT. Der Ölpreis hat am Montag erstmals seit knapp vier Jahren wieder die Marke von 100 Dollar je Barrel (Fass zu 159 Litern) für die Nordseesorte Brent überschritten. Schon in der Nacht zum Montag legte er zeitweise um bis zu 29 Prozent zu auf fast 120 Dollar. Damit kletterte der Preis für die Referenzsorte des Großteils der in aller Welt gehandelten Ölsorten auf den höchsten Stand seit Sommer 2022. Seit dem Beginn des Irankriegs vor etwas mehr als einer Woche beläuft sich das Plus auf fast 50 Prozent. Die Finanzminister der G-7-Staaten berieten deshalb am Montag über eine Freigabe ihrer Ölreserven. „Wir sind bereit, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Unterstützung der globalen Energieversorgung, beispielsweise durch die Freigabe von Vorräten.“

Auch die Finanzminister der Eurozone sprachen am Montag in Brüssel über die Folgen der stark gestiegenen Energiepreise. EU-Wirtschaftskommissar Valdis

Dombrovskis sagte vor dem Treffen, die Kommission erwäge verschiedene Optionen, mit denen sich ein starker Preisanstieg in Grenzen halten lasse. Dazu zähle auch die Freigabe von Ölreserven.

In Iran wurde derweil Modschtaba Khamenei zum neuen Obersten Führer ernannt. Er ist der Sohn des bisherigen Führers, Ali Khamenei, der bei den amerikanisch-israelischen Angriffen auf Iran vor rund einer Woche getötet worden war. Die Entscheidung für Modschtaba Khamenei wurde am Sonntagabend im staatlichen Fernsehen bekannt gegeben, das iranische Volk zur Einheit und zur Treue gegenüber dem neuen Führer aufgerufen. Er galt als wahrscheinlichster Kandidat und steht der Revolutionsgarde nahe.

Das US-Militär teilte ebenfalls am Sonntag mit, dass ein weiterer Soldat an den Folgen seiner Verletzungen gestorben sei, die er vor einer Woche bei den ersten Gegenangriffen Irans erlitten habe. Damit steige die Zahl der bislang in dem Krieg getöteten US-Soldaten auf sieben.

Kein Verfahren gegen Spahn wegen Maskenkauf

F.A.Z. BERLIN. Das Verfahren gegen den Unionsfraktionsvorsitzenden und früheren Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wegen der Umstände beim Kauf von Corona-Masken ist eingestellt worden. Die Prüfung eines Anfangsverdachts habe keine „tatsächlichen Anhaltspunkte“ für eine Straftat ergeben, teilte die Generalstaatsanwaltschaft Berlin mit. Daher habe man keine Ermittlungen aufgenommen. Das Gesundheitsministerium hatte während der Corona-Pandemie Atemschutzmasken für mehrere Milliarden Euro bestellt. Ein beträchtlicher Teil davon wurde dann allerdings nicht gebraucht. (Kommentar Seite 8.)

Probleme bei Einführung von EU-Kontrollsystem

T.G. BRÜSSEL. Einen Monat vor der vollständigen Einführung eines neuen Erfassungssystems für alle Reisenden, die nicht EU-Bürger sind, gibt es in drei Staaten technische Probleme. Nach F.A.Z.-Informationen liegen Dänemark, die Niederlande und Island deutlich unter dem Soll. Von diesem Dienstag an muss mindestens die Hälfte der Reisenden elektronisch erfasst werden, in einem Monat dann alle. „Bei einigen Mitgliedsstaaten sehen wir technische Schwierigkeiten, die jetzt rasch behoben werden müssen“, sagte ein Sprecher der EU-Kommission. Im Schnitt liege man aber schon bei 70 Prozent. (Siehe Seite 6.)

Mundt sieht Wettbewerb durch die Politik bedroht

wmu. BRÜSSEL. Der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, warnt vor einer zunehmenden Politisierung des Wettbewerbschutzes. Diese Gefahr gelte besonders für die Fusionskontrolle, sagte Mundt der F.A.Z. in Anspielung auf Forderungen auch aus Berlin, die Wettbewerbsbehörden müssten die Bildung europäischer „Champions“ erleichtern. Er sehe keine Fakten, die belegten, „dass wir die Wettbewerbskontrolle hinterstellen müssen, um große europäische Unternehmen zu ermöglichen“. Den Preis für einen Mangel an Wettbewerb zahlten am Ende immer die Verbraucher. (Siehe Wirtschaft, Seite 18.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs